

### Jugendüberhang und Konfliktrisiko: ein Überblick über die Ergebnisse der empirischen Forschung seit 1990

Popp, Silvia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Popp, S. (2012). *Jugendüberhang und Konfliktrisiko: ein Überblick über die Ergebnisse der empirischen Forschung seit 1990*. (SWP-Zeitschriftenschau, 06/2012). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-366885>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Jugendüberhang und Konfliktrisiko

Ein Überblick über die Ergebnisse der empirischen Forschung seit 1990

Silvia Popp

In der sicherheitspolitischen Debatte finden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur als Ursache für politische Unruhen und Konflikte seit langer Zeit Aufmerksamkeit. Weit verbreitet ist inzwischen auch die These, dass eine überproportional große Jugendbevölkerung (»youth bulge«) ein Konfliktrisiko darstellt. Eine Analyse jüngerer empirischer Studien zeigt jedoch, dass zwischen der Altersstruktur einer Bevölkerung und dem Konfliktrisiko kein monokausaler Zusammenhang besteht. Vielmehr spielen sozioökonomische und politische Rahmenbedingungen in Verbindung mit einem Jugendüberhang eine entscheidende Rolle. Demografisch bedingte Konfliktrisiken sind daher nicht naturgegeben, sondern politisch beeinflussbar.

Bereits 1974 hat der **United States National Security Council** in seinem sogenannten Kissinger Report auf eine sicherheitspolitische Bedrohung der USA durch den Bevölkerungszuwachs und im Besonderen durch die steigende Anzahl junger Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern hingewiesen. Mit dieser gefühlten Bedrohung stieg der Bedarf an wissenschaftlichen Studien, die der Frage nachgingen, ob ein großer Bevölkerungsanteil junger Menschen das Auftreten von gewaltsamen Konflikten und Kriegen begünstigt oder sogar bedingt. Untersuchungen zum Zusammenhang von Jugendüberhang und dem Risiko von politischer Gewalt sind ein gutes Beispiel für interdisziplinäre Forschung, wie sie die Politische Demografie darstellt. Diese verbindet sicherheits-, entwicklungspolitische und demografische Fragestellungen.

Die empirischen Studien bestätigen, dass es statistisch einen Zusammenhang zwischen einem Jugendüberhang und der erhöhten Wahrscheinlichkeit eines Ausbruchs von Konflikten gibt. Doch diese scheinbar eindeutigen Ergebnisse führen zu vereinfachenden Thesen über gewaltbereite Jugendliche und ihren negativen Einfluss auf die Stabilität von Staaten. Unter welchen sozioökonomischen und politischen Bedingungen eine große Jugendbevölkerung ein Sicherheitsrisiko darstellt, ist derzeit jedoch noch nicht hinreichend erforscht.

## Jugend und Konflikte

Der Politikwissenschaftler **Samuel P. Huntington** hat Mitte der 1990er Jahre für Aufmerksamkeit gesorgt, indem er den Bevöl-

kerungszuwachs in der muslimischen Welt – insbesondere den steigenden Anteil an Jugendlichen – mit einer erhöhten Gewaltbereitschaft und einer Intensivierung von Konflikten in Verbindung brachte. In Deutschland gab es ähnliche Warnungen. So vertrat **Gunnar Heinsohn**, ehemaliger Leiter des Raphael-Lemkin-Instituts für vergleichende Völkermordforschung in Bremen, die These, dass nach Macht und Anerkennung strebende, aber ökonomisch perspektivlose junge Männer eine Bedrohung für den Frieden darstellen.

Nach den Anschlägen vom 11. September stießen diese Bedrohungsszenarien auf noch stärkere Resonanz, so dass das Vorhandensein großer Jugendbevölkerungen nun auch als Argument herangezogen wird, um die erfolgreiche Rekrutierung von Terroristen oder – wie bei dem Journalisten **Fareed Zakaria** – Islamisierungstendenzen im arabischen Raum zu erklären.

Gemeinsam ist diesen Positionen, dass sie einen Automatismus zwischen der Existenz einer großen Jugendbevölkerung und dem Ausbrechen von Gewalt bis hin zur Entstehung von Kriegen unterstellen. Ergebnisse jüngerer empirischer Forschungen bestätigen diesen monokausalen Zusammenhang aber keineswegs.

## Definitionen und Konzepte

Als »Jugendüberhang« bezeichnet man einen überproportionalen Anteil von (männlichen) Jugendlichen, meist der 15- bis 24-Jährigen, an der Gesamtbevölkerung oder der erwachsenen Bevölkerung eines Landes.

Ein Problem der bisherigen Forschung sind konzeptionelle Unklarheiten, die sich aus unterschiedlichen Annahmen über den Zusammenhang von Jugend und Konflikt ergeben. So besteht beispielsweise keine Einigkeit in der Frage, ob Gewalt generell nur von Männern ausgeht. Aber auch hinsichtlich der Referenzwerte zur Bemessung des Jugendüberhangs (Gesamtbevölkerung oder erwachsene Bevölkerung) weichen die Konzepte voneinander ab.

## Jugendliche versus Erwachsene

Nach der Definition der Vereinten Nationen gelten alle Personen zwischen 15 und 24 Jahren als Jugendliche, die unter 15-Jährigen als Kinder. An dieser Klassifizierung orientiert sich eine der ersten empirischen Arbeiten zum Jugendüberhang. Darin untersuchen **Gary Fuller**, ehemaliger Professor für Demografie der Universität von Hawaii, und sein Fachkollege **Forrest R. Pitts** den Einfluss des Überhangs der 15- bis 24-Jährigen auf die politische Stabilität in Südkorea. Referenzwert für den »youth bulge« ist hier die Gesamtbevölkerung. Die Autoren stellen fest, dass der höchste Anteil an Jugendlichen in Südkorea mit den gewaltsamen Studentenprotesten in den frühen 1980er Jahren zusammenfiel. Sie verweisen aber auch darauf, dass ein Jugendüberhang zwar ein Unruhepotential darstellt, die Gefahr aber durch politische Maßnahmen – im Fall Südkoreas durch Beschränkung der Hochschulzulassungen – gemindert werden kann. Fuller et al. leiten aus den empirischen Ergebnissen ab, dass bei einem Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung von mehr als 20 Prozent die Wahrscheinlichkeit für politische Unruhen deutlich zunimmt.

Diese Verwendung der Gesamtbevölkerungszahl als Referenzwert für den Jugendanteil wird besonders von dem norwegischen Friedensforscher **Henrik Urdal** kritisiert. Ihm zufolge wird damit die Konkurrenzsituation zwischen der jüngeren und der älteren Generation um Arbeitsplätze oder soziale Positionen nicht hinreichend berücksichtigt. Zusätzlich werde das Ausmaß der Jugendüberhänge in Ländern mit weiterhin hoher Fertilität unterschätzt, wenn die Gesamtbevölkerung den Referenzwert bildet. Urdal zieht daher für seine Forschung den Anteil der Jugendlichen an der erwachsenen Bevölkerung, also den Personen ab 15 Lebensjahren, heran. Dabei kommt er in einer Studie, die weltweit den Einfluss des Jugendüberhangs auf das Ausbrechen von bewaffneten innerstaatlichen Konflikten (mindestens 25 Tote

pro Jahr durch Kampfhandlungen) zwischen 1950 und 2000 untersucht, zu einem deutlichen Ergebnis: In Ländern mit einem Anteil von Jugendlichen an der erwachsenen Bevölkerung von mehr als 35 Prozent ist die Wahrscheinlichkeit eines innerstaatlichen Konflikts dreimal so hoch wie in Ländern mit einem für Industriestaaten typischen Jugendanteil von 15 Prozent.

Auch die Wissenschaftler bei Population Action International, **Elizabeth Leahy** et al., erforschen den Zusammenhang von Jugend und Konflikt anhand von demografischen Profilen. Im Gegensatz zu Urdal beziehen sie jedoch auch die Kinder und die ältere Generation explizit in die Berechnungen ein. Die Autoren untergliedern die Staaten der Welt in vier Stadien der demografischen Transformation: sehr jung, jugendlich, im Übergang befindlich und reif. Sie stellen fest, dass in den 1990er Jahren Länder mit einer sehr jungen Altersstruktur (mehr als 60 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre) mit einer dreimal so hohen Wahrscheinlichkeit vom Ausbrechen eines Bürgerkriegs bedroht waren wie Länder mit einer reifen Altersstruktur (zwischen 30 und 45 Prozent der Bevölkerung sind unter 30 Jahren). Das Risiko einen derartigen Konflikt zu erleben, nimmt dabei stufenweise mit dem Stadium der demografischen Transformation ab, wobei die Unterschiede zwischen den ersten beiden Stadien, also der sehr jungen und der jugendlichen Altersstruktur, am größten sind.

### Der männliche Jugendüberhang

**Christian G. Mesquida** und **Neil I. Wiener** von der York University in Toronto betrachten das Problem des Jugendüberhangs aus einer geschlechterbezogenen Perspektive. Dabei gehen die Autoren von der Hypothese aus, dass die Vorbedingung für Konflikte kollektive Aggression sei und diese vornehmlich von Gruppen junger (unverheirateter) Männer ausgeübt werde. Sie untersuchen den Einfluss des Verhältnisses von jungen Männern zwischen 15 und 29 Jahren zur

männlichen Bevölkerung ab 30 Jahren auf die Intensität von Konflikten im Zeitraum 1989 bis 1998. Gradmesser der Intensität ist die Zahl der bürgerkriegsbedingten Todesfälle. Bei diesem Ansatz wird die Konkurrenz zwischen der jüngeren und der älteren Generation noch stärker betont als bei Urdal. Die Autoren zeigen, dass das Mengenverhältnis von jungen zu älteren Männern als einzige Variable einen signifikanten Einfluss auf die Intensität von Konflikten hat, während Kontrollvariablen wie Brutto-sozialprodukt pro Kopf und Gini-Koeffizient (Indikator der Einkommensungleichheit) keine Signifikanz aufweisen.

Auch der britische Ökonom **Paul Collier** und seine Ko-Autoren **Anke Hoefler** und **Dominic Rohner** richten ihren Fokus auf den Anteil der 15- bis 29-jährigen Männer, gemessen jedoch wiederum an der männlichen Gesamtbevölkerung. Die Autoren kommen für den Zeitraum zwischen 1965 und 2004 zu dem Ergebnis, dass eine Verdoppelung des Anteils der männlichen Jugendlichen die Wahrscheinlichkeit des Ausbrechens eines Bürgerkriegs von unter fünf auf über 30 Prozent steigert. Im Widerspruch zu Mesquida und Wiener sehen sie neben dem Jugendüberhang insbesondere wirtschaftliche Faktoren, wie die Höhe, das Wachstum und die Verteilung der Einkommen, als ausschlaggebend für die Entstehung von Bürgerkriegen an.

### Krieg, Frieden und Demokratie

In den bisher erwähnten Studien wird der Einfluss des Jugendüberhangs auf innerstaatliche gewaltsame Konflikte untersucht. Demgegenüber bezieht **Steffen Kröhnert** vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in seine Untersuchungen auch zwischenstaatliche Kriege mit ein. Es zeigt sich ein invers U-förmiger Zusammenhang zwischen dem Jugendanteil und der Wahrscheinlichkeit eines Konflikts/Krieges für den Zeitraum 1975 bis 2000. Das heißt, dass die Konflikthanfälligkeit mit zunehmendem Jugendanteil zunächst ansteigt, aber bei

einem extrem hohen Jugendanteil von über 37 Prozent wieder abnimmt. Kröhnert vermutet, der nicht-lineare Zusammenhang sei möglicherweise mit einer hohen Sterblichkeitsrate im Erwachsenenalter zu erklären, ausgelöst durch Epidemien wie AIDS. Die Sterblichkeit der Erwerbsbevölkerung bietet den nachfolgenden Generationen wirtschaftliche und politische Aufstiegsmöglichkeiten. Die höchste Wahrscheinlichkeit, von Konflikten und Kriegen betroffen zu sein, hatten nach Kröhnert für den genannten Zeitraum somit Länder mit einem Anteil der 15- bis 24-Jährigen an der erwachsenen Bevölkerung von 25 bis 37 Prozent.

Der Freiburger Professor für Politikwissenschaft **Uwe Wagschal** und seine Mitautoren **Thomas Metz** und **Nicolas Schwank** betrachten die Konsequenzen des Jugendüberhangs aus einer anderen Perspektive. In ihrem Beitrag untersuchen sie unter anderem den Einfluss des männlichen Jugendanteils (an der männlichen erwachsenen Bevölkerung) auf die Friedfertigkeit von Staaten, gemessen anhand des *Global Peace Index*. Der Zusammenhang von Jugendanteil und Friedfertigkeit erweist sich dabei als signifikant: Steigt der Jugendanteil um einen Prozentpunkt, erhöht sich der Index um 0,04 Punkte und markiert damit ein Absinken der Friedfertigkeit.

In ähnlicher Weise untersucht der politische Demograf und Berater des amerikanischen National Intelligence Council **Richard P. Cincotta** die Wechselbeziehung von Jugendüberhang und Regierungsform. Cincotta geht der Frage nach, welchen Einfluss der »youth bulge« auf Demokratisierungstendenzen in den Weltregionen hat. Für den Zeitraum 1970 bis 2007 kann der Autor zeigen, dass die Höhe des Jugendanteils (Anteil der 15- bis 29-Jährigen an der erwachsenen Bevölkerung) positiv mit der Präsenz von Diktaturen und Autokratien und negativ mit der Etablierung von Demokratien korreliert. Cincotta zufolge zeigt die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, dass die Zunahme an liberalen Demokratien mit dem Sinken des Jugendanteils in den jeweiligen Regionen korreliert. In

einer anderen Studie, die den Zusammenhang von Jugendüberhang und Konfliktwahrscheinlichkeit beleuchtet, benennt Cincotta als Risikofaktoren neben dem Jugendüberhang ein schnelles Wachstum der städtischen Bevölkerung, die Knappheit von Ressourcen (Ackerland und Wasser) und – im Gegensatz zu Kröhnert – eine durch AIDS bedingte erhöhte Sterblichkeit der Erwerbsbevölkerung.

In der Mehrzahl der empirischen Studien wird eine Verknüpfung zwischen einer großen Jugendbevölkerung und einer erhöhten Wahrscheinlichkeit politischer Gewalt nachgewiesen. Ebenso scheint sich in umgekehrter Richtung zu bestätigen, dass ein hoher Jugendanteil einen negativen Einfluss auf die Friedfertigkeit von Staaten und Demokratisierungstendenzen hat. Dennoch argumentieren fast alle Autoren, dass der Jugendüberhang bzw. die sehr junge Altersstruktur zwar ein Potential für politische Instabilität bietet, diese aber nicht als ein Resultat der demografischen Transformation angesehen werden dürfte. Dafür gibt es zu viele Ausreißer – Staaten, die aufgrund ihres demografischen Profils von Konflikten betroffen sein müssten, dies aber nicht sind, und umgekehrt. Als Begründung führen die Autoren an, dass der Einfluss weiterer wichtiger Faktoren, die gleichzeitig mit dem Jugendüberhang auftreten, bisher umstritten ist. Es ist demnach nicht eindeutig, unter welchen Bedingungen ein Jugendüberhang ein sicherheitspolitisches Risiko darstellt.

## Ungeklärte Einflussfaktoren

Zu den untersuchten – in ihrer Wirkung bisher umstrittenen – weiteren Faktoren gehören der sozioökonomische Entwicklungsstand, das Bildungsniveau, die Verfügbarkeit von Ressourcen, die Urbanisierungsrate, Abwanderungsoptionen und die Sterblichkeit im Erwachsenenalter.

Zwei dieser Einflussfaktoren, der sozioökonomische Entwicklungsstand und das

Bildungsniveau, werden im Folgenden exemplarisch betrachtet, um aufzuzeigen, dass die mit dem Arabischen Frühling in Verbindung gebrachte These, ein Jugendüberhang führe bei wachsenden Einkommensunterschieden und der Anhebung des Bildungsniveaus zu Konflikten, wissenschaftlich umstritten ist.

### Sozioökonomischer Entwicklungsstand

Eine offene Frage ist, ob und in welcher Weise die wirtschaftliche Entwicklung bzw. das Wohlstandsniveau in Kombination mit einem Jugendüberhang einen Einfluss auf die Konflikthanfälligkeit von Staaten hat. So halten Mesquida und Wiener den Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung für deutlich geringer als den des Jugendüberhangs. Collier hingegen meint, dass wirtschaftliche Faktoren genauso ausschlaggebend sind wie demografische Veränderungen. Beide Studien messen das Wohlstandsniveau am Bruttosozialprodukt pro Kopf und dem Gini-Koeffizienten.

In der neueren Entwicklungsforschung wird indes, wegen der Einkommensungleichheit innerhalb von Gesellschaften und einer nicht mehr ausschließlich wirtschaftlichen Bewertung von Entwicklung, die Säuglingssterblichkeitsrate als Indikator für den sozioökonomischen Entwicklungsstand eines Landes bevorzugt. Urdal zeigt in seiner Studie, dass die Höhe der Säuglingssterblichkeit positiv mit dem Auftreten von Konflikten korreliert: Je höher die Säuglingssterblichkeit und je niedriger damit der Entwicklungsstand, desto eher besteht die Wahrscheinlichkeit für das Ausbrechen eines Konflikts. Nach Urdal können ein »youth bulge« und ein niedriger sozioökonomischer Entwicklungsstand eine explosive Wirkung entfalten, wenn sie gemeinsam auftreten.

In der Studie von Wagschal et al. kommen die Autoren zu einem gegenteiligen Befund: Nicht ein niedriger, sondern ein hoher ökonomischer Entwicklungsstand (gemessen anhand des Bruttoinlandsprodukts

pro Kopf) steigert in Verbindung mit einem »youth bulge« das Konfliktrisiko. So habe der Jugendüberhang in ärmeren Ländern weniger konfliktsteigernde Wirkung als in reicheren Ländern.

Neben der Tatsache, dass sich die Autoren auf deutlich voneinander abweichende Referenzwerte, Variablen und Untersuchungszeiträume stützen, lassen sich die nicht eindeutigen Ergebnisse in Bezug auf das Wohlstandsniveau unter anderem auf die verwendeten statistischen Verfahren zurückführen. Wagschal et al. verweisen in ihrer Studie auf das Problem der Abhängigkeit der Variablen voneinander: Je höher der wirtschaftliche Entwicklungsstand eines Landes ist, desto geringer ist dessen Fertilität, welche wiederum maßgeblich die Höhe des »youth bulge« bedingt. Zudem ergibt sich ein Jugendüberhang unter anderem aus einer etwa zwei Jahrzehnte zuvor stark gesunkenen Säuglingssterblichkeitsrate. Obwohl diese generell als guter Näherungswert für den sozioökonomischen Entwicklungsstand eines Landes gilt, ist es fraglich, ob die Heranziehung dieser Variable auch sinnvoll ist, wenn die anderen verwendeten Kennziffern ebenfalls demografische sind. Aussagen zum Zusammenhang von Jugendüberhang, sozioökonomischem Entwicklungsstand und Konfliktwahrscheinlichkeit sind deshalb mit Vorsicht zu betrachten.

### Bildungsniveau

Ein ähnlich unterschiedliches Bild liefern die vorliegenden Studien im Hinblick auf den Einfluss des Bildungsniveaus. **Jack A. Goldstone**, Professor für Public Policy der George Mason University, argumentiert, dass in historischer Perspektive politische Unruhen häufig einer Bildungsexpansion folgten. Urdal hingegen findet empirische Belege dafür, dass der Jugendüberhang in Kombination mit einem geringen Bildungsniveau die Konfliktwahrscheinlichkeit erhöht. Auch hier spielt die Abhängigkeit der Variablen untereinander eine Rolle.

Eine erhöhte Beteiligung von Mädchen an der Sekundärbildung senkt nachweislich die Geburtenrate. So hat das Bildungsniveau zumindest einen indirekten Einfluss auf den Jugendüberhang. Zudem werden bei der Betrachtung des Bildungsniveaus meist Abschlussquoten herangezogen, die wenig Aussagen über die Qualität der Bildung liefern und einen internationalen Vergleich erschweren.

Die gegenläufigen Ergebnisse spiegeln die in der Literatur dominierenden Ansätze wider, die die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen zu erklären versuchen, einerseits die an Handlungsmotiven anknüpfende *Grievance*-Theorie, andererseits die auf Handlungsmöglichkeiten zielende *Greed*-Theorie. Goldstone argumentiert in Anlehnung an die *Grievance*-Theorie, dass sich bei steigender Arbeitslosigkeit als Resultat eines Überangebots an Arbeitskräften bei jungen Menschen eine ökonomische und soziale Perspektivlosigkeit einstelle. Eine sehr gut ausgebildete Jugend habe höhere Erwartungen an den Beruf, das Leben und die politische und gesellschaftliche Teilhabe. Geringe Partizipationsmöglichkeiten vergrößern die Lücke zwischen den Erwartungen junger Menschen und deren Chancen, diese zu verwirklichen (relative Deprivation). Dies führe zu Frustration und erhöhter Gewaltbereitschaft.

Ausgehend von der *Greed*-Theorie argumentiert Collier, dass eine große Menge junger Menschen mit geringem Bildungsgrad und entsprechend niedrigem Einkommen auch geringere Opportunitätskosten hätten. Sie hätten weniger zu verlieren, wenn sie sich gegen Bezahlung einer gewaltbereiten Gruppe anschließen. Er geht davon aus, dass Gewalt und Konflikte entstehen, wenn die Möglichkeiten dafür vorhanden sind, also zum Beispiel eine Rebellenarmee in der Lage ist, ihre Kämpfer besser zu bezahlen als die Wirtschaft oder der Staat. Eine hohe Anzahl an jungen ungebildeten Menschen schaffe eine Masse an potentiellen Kämpfern. Die Erhöhung des Bildungsstands und eine damit einhergehende Steigerung des Einkommensniveaus würden

die Opportunitätskosten für den Anschluss an eine Rebellenarmee erhöhen, was wiederum die Konflikthanfälligkeit verringere.

Beide Ansätze schließen sich jedoch nicht gegenseitig aus; ihre Annahmen können gleichzeitig auftreten. Von einer Bildungsexpansion – insbesondere im tertiären Bildungsbereich – profitieren nicht alle Jugendlichen in gleichem Maße. Hinzu kommt, dass die Ausweitung der Bildung häufig nicht mit einer Erhöhung der Einkommen einhergeht. Das Resultat sind perspektivlose junge Menschen jeglichen Bildungsniveaus. Entscheidend bei der Frage nach dem Konfliktrisiko wären demnach die ökonomischen Perspektiven, die sich den Jugendlichen mit ihrem entsprechenden Bildungsabschluss bieten, nicht das Bildungsniveau an sich.

## Prognose von Konflikten

Viele der vorliegenden Studien wollen nicht nur mögliche Handlungsoptionen zur Verhinderung von Instabilität aufzeigen, sondern auch künftige Konfliktherde prognostizieren. Das aber ist mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, da in der Regel nicht alle relevanten Einflussfaktoren, politischen Veränderungen und Schlüsselereignisse gebührend beachtet werden können. So wird für die Vorhersage von Konflikten oft ein kritischer Schwellenwert des Jugendanteils berechnet. Ist dieser erreicht, wird ein Konflikt erwartet.

Legt man den von Urdal verwendeten Schwellenwert zugrunde, zeichneten sich 2010 weltweit 25 Länder durch einen extremen Jugendüberhang von mehr als 35 Prozent aus. Diese Länder befinden sich zum großen Teil in Subsahara-Afrika. Hinzu kommen Afghanistan, Tadschikistan, Timor-Leste, die Palästinensischen Gebiete, Jemen und die Inselstaaten Mikronesiens. Den Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen zufolge werden im Jahr 2025 noch elf Staaten und im Jahr 2035 nur noch vier Staaten (Sambia, Malawi, Niger und Uganda) den von Urdal als besonders

konfliktträchtig bezeichneten sehr hohen Jugendüberhang aufweisen. Die Länder Nordafrikas hingegen, in denen der Beitrag der Jugend zu den politischen Umwälzungen offensichtlich war, hatten 2010 mit Ausnahme Sudans lediglich Jugendanteile zwischen 25 und 29 Prozent und gehörten somit nach Urdals Kategorisierung nicht zu den konfliktanfälligen Ländern.

Gemäß den Projektionen von Kröhnert, der Staaten mit einem Anteil von 25 bis unter 37 Prozent der 15- bis 24-Jährigen an der erwachsenen Bevölkerung als am gefährdetsten für Konflikte ansieht, hätten die Länder Nordafrikas zumindest ins Blickfeld des sicherheitspolitischen Interesses rücken müssen. Doch auch nach seinen Berechnungen, die sich neben dem Jugendanteil an der Säuglingssterblichkeitsrate orientieren, wird die Zahl der konfliktgefährdeten Länder mit der Zeit abnehmen. So gab es nach Kröhnert 2005 noch 33 Staaten mit hoher und sehr hoher Konfliktwahrscheinlichkeit. Deren Zahl wird bis 2020 aber auf 24 sinken. Es handelt sich um Länder in Subsahara-Afrika mit Ausnahme des südlichen Afrikas sowie um Afghanistan, Kambodscha und Laos.

Die Prognosen der empirischen Studien zum Jugendüberhang lassen auf mehr Frieden in der Welt hoffen. Werden ausschließlich demografische Kennziffern zugrunde gelegt, ist zu erwarten, dass die durch den Jugendüberhang hervorgerufene Bedrohung der Stabilität von Staaten im Lauf der Zeit abnehmen wird.

Neue Erkenntnisse für politische Handlungsmöglichkeiten bieten die Studien aber kaum. Es kann (selbst wenn eindeutige Zusammenhänge bestünden) zur Verminderung der Konfliktanfälligkeit einer Gesellschaft beispielsweise nicht in Frage kommen, die Bemühungen zur Bekämpfung von AIDS zu drosseln, auch wenn die Sterblichkeit der Erwerbsbevölkerung den Jugendlichen berufliche Aufstiegsmöglichkeiten bietet. Die entwicklungspolitischen Empfehlungen der Studien sind daher auch nicht wirklich neu. Um den Prozess der demografischen Transformation zu be-

schleunigen, spricht sich **Jennifer Dabbs Sciubba**, Professorin für Internationale Beziehungen am Rhodes College, für ein verstärktes Engagement bei Familienplanungsmaßnahmen aus. In eine ähnliche Richtung gehen Vorschläge von **USAID**, die zudem Programme zur Gewaltprävention bei Jugendlichen vorsehen, und zwar besonders in fragilen Staaten und in Ländern, in denen die Verfügbarkeit von Drogen und Waffen hoch ist.

Auch die Demografen Cincotta und Leahy sehen in der weiteren Reduzierung der Geburtenrate in Regionen mit hoher Fertilität eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Vermeidung zukünftiger Konflikte. Sie erweitern die Handlungsempfehlungen um Maßnahmen zur Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit sowie der Bildungs-, Frauen- und Beschäftigungsförderung. Ähnliche Empfehlungen, die sich an den positiven Folgen der demografischen Dividende orientieren, werden auch von nationalen und internationalen Entwicklungsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen ausgesprochen.

## Fazit

Die vorgestellten Studien haben zu einer größeren Aufmerksamkeit für die Probleme der jungen Generation weltweit beigetragen und deutlich gemacht, wie wichtig die Beachtung demografischer Entwicklungen für die Analyse von politischen Konflikten ist. Der Jugendüberhang stellt eindeutig einen demografischen Stressfaktor dar. Dennoch heben die Autoren hervor, dass sich Konflikte nicht monokausal erklären lassen, und dass weder politische, sozioökonomische noch demografische Indikatoren jeweils allein zur Erklärung ausreichen. Bevölkerungstrends sind von Natur aus weder gut noch schlecht, sondern können sich positiv oder negativ auf die politische Stabilität – und auch die wirtschaftliche Entwicklung – auswirken, je nachdem, welche Rahmenbedingungen vorliegen.



Wenn man andere Einflussfaktoren nicht beachtet, droht die Gefahr, dass die Bedeutung des Jugendüberhangs auf die Konflikthanfälligkeit der betreffenden Gesellschaft überschätzt wird. Welche Einflussfaktoren wie einzubeziehen sind, ist bisher jedoch stark umstritten. Die widersprüchlichen Ergebnisse zeigen, dass weitere Forschungen nötig sind, um verstehen zu können, unter welchen sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen der Jugendüberhang ein erhöhtes Potential für Instabilität darstellt. Diese weitere Forschung sollte dabei stärker auf die Formulierung praktisch umsetzbarer Handlungsoptionen ausgerichtet sein, die geeignet wären, zukünftige demografisch beeinflusste Konflikte zu verhindern.

## Besprochene Literatur

- Cincotta, Richard P. et al.**, *The Security Demographic: Population and Civil Conflict after the Cold War*, Washington, D.C., 2003
- Cincotta, Richard P.**, »Half a Chance: Youth Bulges and Transitions to Liberal Democracy«, in: *Environmental Change and Security Program (ECSP) Report*, 13 (2008–2009), S. 10–18
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke/Rohner, Dominic**, *Beyond Greed and Grievance: Feasibility and Civil War*, Oxford 2006 (CSAE Working Paper Series 10)
- Dabbs Sciubba, Jennifer**, »Demography and Instability in the Developing World«, in: *Orbis*, 56 (2012) 2, S. 267–277
- Fuller, Gary/Pitts, Forrest R.**, »Youth Cohorts and Political Unrest in South Korea«, in: *Political Geography Quarterly*, 9 (Januar 1990) 1, S. 9–22
- Goldstone, Jack A.**, »Population and Security: How Demographic Change Can Lead to Violent Conflict«, in: *Journal of International Affairs*, 56 (2002) 1, S. 3–21
- Heinsohn, Gunnar**, *Söhne und Weltmacht: Terror im Aufstieg und Fall der Nationen*, Zürich 2003

**Huntington, Samuel P.**, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996

**Kröhnert, Steffen**, »Demografische Faktoren bei der Entstehung gewaltsamer Konflikte. Eine empirische Untersuchung für den Zeitraum von 1950 bis 2000«, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 35 (2006) 2, S. 120–143

**Leahy, Elizabeth et al.**, *The Shape of Things to Come. Why Age Structure Matters to a Safer, More Equitable World*, Washington, D.C., 2007

**Mesquida, Christian G./Wiener, Neil I.**, »Male Age Composition and Severity of Conflicts«, in: *Politics and the Life Sciences* 18 (1999) 2, S. 181–189

**Urdal, Henrik**, *The Devil in the Demographics: The Effect of Youth Bulges on Domestic Armed Conflict, 1950–2000*, Washington, D.C., Juli 2004 (The World Bank Social Development Paper 14)

**Urdal, Henrik**, *Breaking the Waves? Does Education Mediate the Relationship between Youth Bulges and Political Violence?*, Washington, D.C., November 2009 (The World Bank Policy Research Working Paper 5114)

**U.S. Agency for International Development (USAID)** (Hg.), *Youth & Conflict – A Toolkit for Intervention*, Washington, D.C., 2005

**U.S. National Security Council** (Hg.), *National Security Study Memorandum 200 »Implications of Worldwide Population Growth for U.S. Security and Overseas Interests«* (Kissinger Report), Washington, D.C., 1974

**Wagschal, Uwe/Metz, Thomas/Schwank, Nicolas**, »Ein »demografischer Frieden«? Der Einfluss von Bevölkerungsfaktoren auf inner- und zwischenstaatliche Konflikte«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 18 (2008) 3, S. 353–383

**Zakaria, Fareed**, »The Politics Of Rage: Why Do They Hate Us?« in: *Newsweek*, 15.10.2001

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380